

## Kurzanalyse Bundestagswahl Deutschland 2009

**28.9.2009**

### 1. Ergebnis

Mit 33,8 Prozent der Stimmen und leichten Verlusten blieb die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 2009 stärkste Partei Deutschlands. Die SPD fuhr mit 23 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik ein und verlor rund 11 Prozentpunkte an Stimmen gegenüber 2005. Gewinner der Wahlen waren die kleinen Parteien. FDP (14,6 Prozent), die Linke (11,9 Prozent) und die Grünen (10,7 Prozent) erreichten jeweils Rekordergebnisse. Die Wahlbeteiligung war mit 70,8 Prozent deutlich geringer als bei der Bundestagswahl 2005.

Eindrucksvoll ist der Vergleich in absoluten Zahlen: Hatte die SPD 2005 noch über 16 Millionen Stimmen erhalten, waren es 2009 nur mehr knapp zehn Millionen. Auch CDU/CSU verloren rund zwei Millionen Stimmen, die anderen Bundestagsparteien konnten zulegen.

*Tabelle 1: Ergebnisse der Wahlen zum Deutschen Bundestag seit 1990*

	1990	1994	1998	2002	2005	2009*
CDU/CSU	43,8 (36,7/7,1)	41,5 (34,2/7,3)	35,1 (28,4/6,7)	38,5 (29,5/9,0)	35,2 (27,8/7,4)	33,8 (27,3/6,5)
SPD	33,5	36,4	40,9	38,5	34,2	23,0
FDP	11,0	6,9	6,2	7,4	9,8	14,6
Die Linke (bis 2002 PDS)	2,4	4,4	5,1	4,0	8,7	11,9
Bündnis 90/ Die Grünen	5,0	7,3	6,7	8,6	8,1	10,7
Wahlbeteiligung	77,8	79,0	82,2	79,1	77,7	70,8

\*vorl. Endergebnis.

Angaben in Prozent.

Quelle: Bundeswahlleiter.

Die Zeitreihe der Bundestagswahlen zeigt insgesamt eine klare Tendenz: Die Großparteien verlieren kontinuierlich Stimmen. Nicht nur die SPD, auch die CDU/CSU ist seit den 90er Jahren fast durchgehend geschrumpft. Zwischen ihrem Wahlergebnis von 1990 und von 2009 liegen ebenso zehn Prozentpunkte wie bei der SPD, das Kräfteverhältnis ist so gesehen kaum verändert, sondern nur die Möglichkeiten bzw. ihre Fähigkeiten zur Koalitionsbildung haben sich gewandelt. Umgekehrt haben die Kleinparteien seit den 90ern mit einzelnen Ausnahmen ihren Wähleranteil langsam aber stetig vergrößern können.

## 2. Koalitionsmöglichkeiten

Bei der vorläufig berechneten Mandatsverteilung sind zwei Koalitionsszenarios denkbar, wobei die im Wahlkampf deutlich geäußerten Präferenzen von CDU/CSU und FDP für eine Zusammenarbeit diese nahezu sicher machen. Beide Parteien zusammen halten bei 332 Mandaten, wobei mindestens 312 für die Regierungsmehrheit benötigt werden. Alternativ dazu wäre eine Wiederholung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD möglich, welche insgesamt 385 bei 312 verlangten Mandaten erreichen würden. Überhangmandate<sup>1</sup> konnten 2009 nur CDU/CSU erreichen, und zwar insgesamt 24.

Tabelle 2: Mandatsverteilung im Deutschen Bundestag seit 1990

	1990	1994	1998	2002	2005	2009
CDU/CSU	319 (268/51)	294 (244/50)	245 (198/47)	248 (190/58)	226 (180/46)	239 (194/45)
SPD	239	252	298	251	222	146
FDP	79	47	43	47	61	93
Bündnis 90/ Die Grünen	8	49	47	55	51	68
Die Linke (PDS)	17	30	36	2	54	76
Gesamt	662	672	669	603	614	622

Gesetzliche Mindestzahl an Mandaten: 598.

Quelle: Bundeswahlleiter.

<sup>1</sup> Das deutsche Wahlrecht sieht die Vergabe einer Erststimme als Direktmandat im jeweiligen Wahlkreis, sowie eine Zweitstimme zugunsten einer Partei seitens des Wählers vor. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei so wenige (Zweit-)Stimmen erhalten hat, dass ihr proportional weniger Mandate zustehen, als sie aufgrund von Direktmandaten erhält. Diese „Überhangmandate“ (für die fehlenden Stimmen) verbleiben bei der Partei. Diese Besonderheit des deutschen Wahlrechts wurde 2008 vom Bundesverfassungsgerichtshof teilweise für verfassungswidrig erklärt und muss bis 2011 vom Gesetzgeber geändert werden.

Die Präferenzen der Deutschen sind allerdings nicht eindeutig: 39 Prozent würden eine Koalition aus CDU/CSU und FDP befürworten, 40 Prozent fänden diese Variante schlecht (17 Prozent egal). Eine Neuaufgabe der großen Koalition von CDU/CSU und SPD würden 37 Prozent positiv finden, 39 Prozent lehnen dieses Szenario ab (21 Prozent egal). Angesichts des kombinierten Stimmenanteils der jeweiligen Parteien lässt sich jedoch ein relativer Überhang für schwarz-gelb erkennen.

### 3. SPD-Verluste, Nichtwähler und Soziodemographie

Neben den Verlusten der SPD ist die gesunkene Wahlbeteiligung ein zentrales Ergebnis der Bundestagswahl, wobei ein direkter Zusammenhang zwischen beiden Phänomenen besteht. Rund zwei Millionen Wähler der Sozialdemokraten von 2005 sind 2009 nicht zur Wahl gegangen, das schwache Ergebnis der SPD ist daher unter anderem auf fehlende Mobilisierung zurückzuführen. Sie hat gleichzeitig aber auch an alle anderen Parteien große Stimmanteile verloren, über eine Million an die Linke und jeweils über 800.000 an CDU/CSU und Grüne. Eine halbe Million ehemaliger SPD-Wähler wechselte zudem zur FDP.

Tabelle 3: Wahlverhalten nach Alter

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Gesamt*	33,8	23,0	14,6	11,9	10,7
Unter 30	27	16	17	12	15
PPD	-7	-7	+2	+/-0	+4
30-44	33	20	16	12	12
PPD	-1	-3	+1	+/-0	+1
45-59	31	24	14	14	13
PPD	-3	+1	-1	+2	+2
60+	42	29	12	10	6
PPD	+8	+6	-3	-2	-5

\*vorl. Endergebnis.

Angaben in Prozent. Telefonische Befragung, n=1.675 in der Woche der Wahl sowie 21.061 am Wahltag.

PPD: Abweichung in Prozentpunkten zwischen der jeweiligen Wählergruppe und dem gerundeten Gesamtergebnis. Lesebeispiel: Die CDU/CSU hat bei Wählern unter 30 ein um sieben Prozentpunkte schlechteres Ergebnis erzielt als gesamt.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen.

Das altersspezifische Wahlverhalten zeigt in Deutschland ähnliche Tendenzen wie in Österreich. Die Großparteien CDU/CSU und SPD gewinnen ihre Stimmen vor allem bei älteren Personen, während FDP und Grüne besonders bei jüngeren Wählern punkten

können. Die Linke liegt vergleichsweise konstant in allen Altersgruppen, etwas mehr Zustimmung erhielt sie bei den 45-59jährigen. Bei den Wählern unter 30 bewegt sich die SPD nach der Wahl auf demselben Niveau wie FDP und Grüne. Nur bei der Generation 60+, die rund ein Drittel der Wahlberechtigten ausmacht, erreicht sie noch einen überdurchschnittlichen Stimmanteil, der allerdings ebenfalls deutlich unter dem Ergebnis von 2005 liegt. Zudem wurde sie hier von der CDU/CSU noch deutlicher distanziert als im Gesamtergebnis.

Tabelle 4: Wahlverhalten nach Erwerb

	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	B90/Grüne
Gesamt*	33,8	23,0	14,6	11,9	10,7
Arbeiter	31	25	13	16	7
PPD	-3	+2	-2	+4	-4
Angestellte	33	24	15	12	12
PPD	-1	+1	+/-0	+/-0	+1
Beamte	36	25	12	8	15
PPD	+2	+2	-3	-4	+4
Selbständige	36	15	24	8	13
PPD	+2	-8	+9	-4	+2

\*vorl. Endergebnis.

Angaben in Prozent. Telefonische Befragung, n=1.675 in der Woche der Wahl sowie 21.061 am Wahltag.

PPD: Abweichung in Prozentpunkten zwischen der jeweiligen Wählergruppe und dem gerundeten Gesamtergebnis. Lesebeispiel: Die CDU/CSU hat bei Arbeitern ein um drei Prozentpunkte schlechteres Ergebnis erzielt als gesamt.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen.

Die SPD konnte bei Arbeitern etwas stärker Stimmen lukrieren als in anderen Berufsgruppen, die Linke gewann hier allerdings noch überdurchschnittlicher dazu. Bei Arbeitslosen wurde sie mit rund 25 Prozent sogar zur stimmenstärksten Partei. Die CDU/CSU holte ihre besten Ergebnisse unter Beamten und Selbständigen, letztere wählten stark überdurchschnittlich auch die FDP.

Die Angestellten als mengenmäßig relevante Wählergruppe zeigen in Deutschland ein dem Gesamtergebnis ähnliches Wahlverhalten, auch die SPD liegt hier nicht wesentlich schlechter. Dies ist ein deutlicher Unterschied zu Österreich, wo die SPÖ bei Angestellten immer wieder nur unterdurchschnittliche Anteile erzielt.

#### 4. Wahlmotive

Die Person Merkel gab der CDU/CSU einen entscheidenden Vorteil im direkten Duell mit der SPD und Frank-Walter Steinmeier. Bereits in Umfragen vor der Wahl wies die Frage nach dem/der Wunsch-Bundeskanzler/in sie als eindeutig Führende aus. Zwar sind Merkels Werte im Verlauf der letzten Wochen vor der Wahl gesunken und die ihres Herausforderers Steinmeier gestiegen, zuletzt auf ein Verhältnis von 56:33 für Merkel. Trotz dieses Trends blieb der Vorsprung der amtierenden Kanzlerin beachtlich. In der Direktwahlfrage besiegte sie den SPD-Kandidaten am Wahltag schließlich mit 51 zu 36 Prozent.

Dieser Vorteil beruhte zu einem Gutteil auf der öffentlich wahrgenommenen Bilanz der Kanzlerin. Insgesamt waren über drei Viertel der Wähler der Meinung, Merkel würde ihre Sache insgesamt eher gut machen, nur 18 Prozent zweifelten daran. Von ihrem Gegenüber Steinmeier meinten 15 Prozent, er könne es besser, 19 Prozent bezweifelten dies. Das größte Problem des SPD-Kandidaten dürfte in diesem Zusammenhang aber der überwiegende Anteil an Undeklarierten (rund 60 Prozent) gewesen sein: Steinmeier schaffte es demnach im Wahlkampf nicht, sich als glaubwürdige Alternative zu Merkel zu positionieren – angesichts des gestellten Kanzleranspruchs ein schwerwiegendes Defizit.

Das Imageprofil entschied ebenfalls Angela Merkel für sich: Sie wurde insgesamt als glaubwürdiger, sympathischer und vor allem durchsetzungsfähiger gesehen. Gerade letztgenannter Wert ist für das Amt des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin wesentlich und deckt sich mit dem sonstigen Vorsprung auf Steinmeier. Zu beachten ist auch, dass der Abstand zwischen Merkel und Steinmeier größer ausfiel als jener zwischen CDU/CSU und SPD im Wahlergebnis. Dies bedeutet, dass die Person Merkel in der Bevölkerung besser positioniert ist als ihre Partei.

*Tabelle 5: Imageprofil Merkel und Steinmeier*

	glaubwürdiger	sympathischer	durchsetzungsfähiger
Merkel	28	38	48
Steinmeier	12	22	15
kein Unterschied	56	35	31

Angaben in Prozent. Telefonische Befragung, n=1.675 in der Woche der Wahl sowie 21.061 am Wahltag.  
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen.

Die Frage der Problemlösungskompetenz konnte Merkel ebenfalls für sich entscheiden, vor allem wurde ihr eher zugetraut, Deutschland aus der Wirtschaftskrise führen zu können. Steinmeier lag zwar bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit vor Merkel, allerdings nicht in dem Ausmaß, wie es für den SPD-Spitzenkandidaten in diesem Duell notwendig wäre. Was auffällt ist, dass jeweils die relative Mehrheit der Befragten keinen Unterschied zwischen den Kandidaten ausmachen konnte. Dies relativiert die Werte für beide Personen wieder und stellt die grundsätzliche Frage, in welchem Ausmaß der Politik noch die Fähigkeit zur Lösung großer Projekte zugetraut wird.

## 5. Themen und Kompetenzen

Unterschiedliche Themen, die allesamt unter der Überschrift Wirtschaftskrise und ihre Folgen zusammengefasst werden können, waren für die Wähler in Deutschland besonders wichtig, insbesondere die Frage der Arbeitsplätze. 56 Prozent gaben Arbeitslosigkeit als wichtigstes Problem an. Dabei sahen es 29 Prozent von der Union am besten gelöst, nur 21 Prozent von der SPD, was einen Einbruch in einer Kernkompetenz der Sozialdemokratie bedeutet. Bei den Themen Rente und Bildung konnte die SPD etwas näher an die CDU heranrücken, sie übertraf diese allerdings nur beim Bereich Sozialpolitik. Die Linke erhielt ebenfalls starken Zuspruch bei Sozialthemen und Ost-West-Fragen, die Grünen konnten bei Familienthemen, die FDP im Steuerbereich punkten.

Trotz des Gewichts, das die Wähler dem Thema Wirtschaftskrise beimessen, gibt es klare Abweichungen zwischen der Einschätzung der Lage insgesamt und der individuellen Lebenssituation. Schätzen nur acht Prozent die Situation in Deutschland derzeit gut ein, so beurteilen 44 Prozent die eigene Lage als positiv. Umgekehrt sagen nur 13 Prozent, es gehe ihnen momentan schlecht, 39 Prozent aber bewerten die Situation in Deutschland negativ.

Quellen:

Bundeswahlleiter, <http://www.bundeswahlleiter.de>, 28.9.2009.

Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF, abzurufen unter <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/842880?inPopup=true>, 28.9.2009.

Wahltagsbefragung von infratest dimap im Auftrag der ARD, abzurufen unter <http://www.tagesschau.de/wahl/aktuell/wahlanalyse104.html>, 28.9.2009.